

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? - Diskussionsbericht

Pohle, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pohle, H. (2005). Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? - Diskussionsbericht. In W. Strubelt, & H. Zimmermann (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 5, Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR* (S. 94-98). Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338841>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Hans Pohle

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Diskussionsbericht

S. 94 bis 98

Aus:

Wendelin Strubelt, Horst Zimmermann (Hrsg.)

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 225

Hannover 2005

Podium: Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Hans Pohle

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Diskussionsbericht

Unter der Leitung von Dr. Heik Afheldt, Berlin, diskutierte das Abschlusspodium zusammenfassend die vorangegangenen Vorträge und Foren.¹ Der Moderator gliederte die Diskussion in vier Teilfragen:

1. Was sagen die Prognosen und Hypothesen zum demographischen Wandel in Deutschland? Welche Verläufe sind zu erkennen und wie sicher sind die Perspektiven? Über welche Trends herrscht Einigkeit, wo gehen die Meinungen auseinander, welche Variablen sind zu bedenken?
2. Welche Auswirkungen des demographischen Wandels auf Wirtschaft und Gesellschaft sind zu erwarten? Gibt es neue Erwerbsbiographien und andere Lebensökonomien? Welche Veränderungen ergeben sich für die sektoralen und regionalen Wirtschaftsstrukturen? Entstehen neue Qualifizierungs- und Bildungsanforderungen?
3. Welche räumlichen Muster wird der demographische Wandel in Deutschland zeichnen? Welche Typen von begünstigten und benachteiligten Räumen lassen sich bilden?
4. Was tun? Diskussion politischer Konsequenzen und Empfehlungen entlang einer Matrix aus Politikfeldern und -ebenen.

Wie sicher sind die vorgelegten Prognosen?

Die Teilnehmer des Podiums waren sich einig darin, dass die vorgelegten demographischen Prognosen substanziell unsicher seien, allerdings in ihren Teilsegmenten unterschiedlich. Während die endogene Entwicklung der Bevölkerung, d.h. die Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle, relativ valide abzuschätzen ist, sei über die langfristigen Trends von Zu- und Abwanderung in der Zukunft vergleichsweise wenig bekannt. Insbesondere die Zuwanderung über den Familiennachzug oder die Weiterwanderung von Zugewanderten ließen sich kaum voraussagen. Dazu müsse als Basis solcher Prognosen eigentlich die Frage beantwortet werden, wie attraktiv Deutschland in Zukunft für Zuwanderer sein werde, was in mittel- und langfristiger Perspektive jedoch nicht beantwortbar sei. Da sich diese Unsicherheiten nicht reduzieren lassen, könnte man solche Prognosen unter unterschiedlichen Annahmen nur modellhaft durchrechnen, um auf neue Entwicklungen vorbereitet zu sein.

¹ Teilnehmer des Podiums waren: Prof. Dr. Christoph Horn, Bonn; Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Bonn; Prof. Dr. Gert C. Wagner, Berlin; Dr. Uwe Blien, Nürnberg; Wolfgang Weickhardt, Nürnberg; Staatssekretär a.D. Dr. Ernst-Hasso Ritter, Meerbusch.

Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Den Einstieg in die Diskussion bildete die These, dass die deutsche Gesellschaft sich in einem „prämodernen“ Zustand befinde, was gerade in der Zuwanderungs- und der Familienpolitik zu beobachten sei. Allerdings habe der Paradigmenwechsel schon begonnen, insbesondere die Bewertung des Alterns in der Gesellschaft werde zurzeit neu definiert. Stichworte dazu seien die „Jugendalisierung der Alten“ und „graue Gründer“. Die bisher vorherrschende Ruhestands- und Frühverrentungsmentalität einerseits und die Abwertung der Fähigkeiten der Senioren andererseits müsse durch die gezielte Nutzung ihres Wissenspotenzials und ihrer altersspezifischen Kenntnisse in unserer Gesellschaft ersetzt werden. Gerade das in lebenslangen Arbeitsprozessen erworbene Erfahrungswissen und die damit verbundenen Praxiskenntnisse sollten genutzt werden, um diesen Alterungsprozess der Gesellschaft mit Wachstumsperspektiven kompatibel zu machen. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters werde daher in Zukunft sowohl für Männer als für Frauen sinnvoll und auch notwendig werden.

Die Erwartung, dass sich mit der Schrumpfung der deutschen Bevölkerung auch die Arbeitslosenproblematik lösen würde, sei illusorisch, da zwischen Arbeitsplatznachfrage und Arbeitsplatzangebot wechselseitige Abhängigkeiten existieren. Der heute bestehende „mismatch“ auf dem Arbeitsmarkt bleibe daher auch längerfristig erhalten. Ein besonderes Problem sei dies weiterhin in Ostdeutschland, wo zurzeit z. B. nur die Hälfte der notwendigen Ausbildungsplätze angeboten werde, so dass die Jugendlichen weiterhin nach Westdeutschland abwandern werden. Neben der Verringerung der Bevölkerungszahl sei damit auch verbunden, dass Innovationspotenziale, die sich auf ein gut ausgebildetes Erwerbspersonenpotenzial stützen, dort sogar weiter reduziert würden.

Die Integration der Zuwanderer sei ein weiteres Problemfeld der gesellschaftlichen Debatte in Deutschland. Dabei müsse weiterhin die Grundforderung erhoben werden, die Öffnung Deutschlands nach außen weiter voranzutreiben. Das setze voraus, dass das Image Deutschlands verbessert und Weltoffenheit und liberale Positionen nach außen glaubwürdig vermittelt werden. Problematisch sei der fehlende politische Diskurs über das Thema, kein Einwanderungsland sein zu wollen, gerade vor dem Hintergrund, dass Zuwanderung nicht nur eine Last bedeute, sondern in der provinziellen Enge und den verkrusteten Strukturen Deutschlands ein belebender Effekt sei. Wichtig sei allerdings die Frage, wer nach Deutschland komme, und damit die Frage nach der Qualifikation der Zuwanderer. Hier bestehe ein Vermittlungsproblem der Politik, da die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland die Zuwanderer als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt sehe. Gerade aber langfristig seien die Probleme fehlender Fachkräfte und anderer spezifischer Segmente auf dem Arbeitsmarkt ohne Zuwanderung nicht zu lösen. Damit werde die Integration eine dauerhafte Aufgabe der Gesellschaft mit der Anforderung, sich stärker in Toleranz zu üben. Für diese Integration der Zuwanderer sei aber auch Bedingung, dass ihre Sprachfähigkeit wesentlich verbessert werden müsse, um Abschottung, Ghettobildung und Parallelgesellschaften zu vermeiden. Insbesondere bei den dauerhaft Zuwandernden sei diese Voraussetzung stärker zu betonen, hier gebe es erheblichen Förderbedarf.

Räumliche Auswirkungen

Die demographische Entwicklung in Deutschland zeige eine gespaltene Dynamik. Das räumliche Muster sei gekennzeichnet von der Gleichzeitigkeit ungleicher Entwicklungen. Es gebe Regionen mit Bevölkerungswachstum neben Regionen mit starker Schrumpfung. Ein besonderes Problem bilde dabei der Unterschied zwischen Ost und West. Man könne davon ausgehen, dass die heutigen Probleme in Ostdeutschland sich in ähnlicher Weise in der mittleren Zukunft auch in vielen Regionen Westdeutschlands einstellen werden. Insoweit könne aus den heutigen Lösungen, die in Ostdeutschland erprobt werden, für die Zukunft der westdeutschen Regionen und Kommunen gelernt werden.

Für die Raumordnung bedeuten diese Tendenzen, dass es zu einer neuen Diskussion über das Leitbild der Raumordnung zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den Teilräumen kommen müsse. In Anbetracht der Vielzahl von schrumpfenden Regionen und Kommunen und der Schärfe der Probleme sei eine Flächenförderung mit der „Gießkanne“ und ein Ausgleich der Lebensverhältnisse für alle Regionen nicht mehr leistbar. Es seien wieder Ungleichgewichte zuzulassen. Für zurückfallende Räume biete sich als instrumenteller Ausweg aus dieser Situation an, mit den benachbarten Kommunen und Regionen, insbesondere den Großstadregionen, institutionalisierte Kooperationen einzugehen. So könnten zwischen den hoch verdichteten Metropolen und dem eher ländlich geprägten Umland stärker komplementäre Beziehungen entwickelt und institutionell gefördert werden. Zu fragen bleibe, ob das Problem der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik ein dauerhaftes Phänomen oder nur ein Kennzeichen einer Übergangphase sei. Insbesondere sei dabei zu bedenken, dass die sozialen Umlagesysteme und auch die teilweise bereits zu beobachtenden Rückwanderungen in ländliche Regionen stabilisierende Wirkungen ausübten.

Politische Konsequenzen

Im Anschluss an die vorherige Diskussion über die Gleichwertigkeit im Raum wurde vorgeschlagen, mehr auf eine Strategie des Wettbewerbs der Regionen zu setzen. Dies bedeute allerdings eine Abkehr von den bisherigen Wirtschaftsförderkonzepten mit ihren Mitnahmeeffekten und Erhaltungssubventionen hin zu wettbewerblichen Lösungen auch für die Regionalentwicklung. Damit würde auch die Frage, ob allein die Großstädte die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsentwicklung tragen oder ob es auch ländlich geprägte Regionen wie das Emsland sein könnten, beantwortet. Der Staat maße sich damit nicht an, das Wissen über die zukünftige Entwicklung zu besitzen. Im Rahmen dieses Wettbewerbs würden sich z. B. die Bedeutung des technischen Fortschritts, der Spezialisierung von Regionen und die Produktion für überregionale Märkte als wesentliche Trends herausbilden.

Ein solches Konzept setze allerdings voraus, dass es innerhalb der Regionen zu einer Kooperation und einer Vernetzung der wichtigen Akteure der wirtschaftlichen Entwicklung kommen müsse. Hier könne über institutionalisierte Wettbewerbe, Modellvorhaben und die Förderung von Netzwerken ein entsprechendes Klima des Aufbruchs und der positiven Entwicklungserwartungen geschaffen werden.

Die verhältnismäßig starren Instrumente der Raumordnung, wie z.B. das Zentrale-Orte-System, seien zu dynamisieren, um als Region in diesem Wettbewerb flexibel agieren zu können. Dazu gehörten auch räumlich differenzierte Mindeststandards und die Einführung

von Monitoring- und Evaluierungsinstrumenten, um gerade Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Kontrovers wurde diskutiert, was mit Räumen passieren sollte, die, gemessen an wie auch immer definierten Mindeststandards, nach unten durchbrechen. Hier wurde empfohlen, nach außen zu schauen, z. B. nach Skandinavien oder nach Kanada. Dort sei vor allem private Initiative das Mittel, fehlende staatliche Angebote zu ersetzen. Der Staat sei auch dort nicht mehr überall in der Lage, ein breites Angebot öffentlicher Güter wie in den verdichteten Regionen aufrecht zu erhalten. Allerdings seien dafür mehrere Änderungen im Ordnungsrahmen unserer Gesellschaft nötig. Dazu gehören vor allem die Familienpolitik, die Bildungspolitik, die sozialen Sicherungssysteme, die Gesundheitspolitik und die Finanzpolitik. Hier seien erste Schritte bereits unternommen worden.

Im Bereich der raumrelevanten Fachplanungen müsse neu z. B. über die Infrastrukturausstattung von Räumen diskutiert werden. Angesichts rückläufiger Bevölkerung seien heute bereits manche der geplanten Infrastrukturprojekte überflüssig, andere überdimensioniert. Allerdings sei eine Minimalausstattung in allen Regionen zu sichern. Dazu gehöre vor allem die Grundversorgung im Bildungsbereich und in der ärztlichen Versorgung. Hier bestehe noch erheblicher Diskussionsbedarf mit und in der Politik über die Handlungserfordernisse und -prioritäten. Letztlich müsse auch die Raumordnung zu ihrer eigentlichen Kernaufgabe zurückfinden, nämlich dem Lösen von Flächennutzungskonflikten.

Plenumsdiskussion

In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum wurden einige der zuvor geäußerten Thesen weiter und vertiefend diskutiert. Zunächst wurde betont, dass es neue Leitbilder, z. B. über die Leistungsfähigkeit von Älteren, zur Integration ihres Erfahrungswissens und ihrer heute noch nicht genutzten Potenziale geben müsse, um der gesellschaftlichen Überforderung der Jugend entgegenzuwirken. Als Beispiel könnten neben den „Juniorprofessoren“ auch „Seniorprofessoren“ eingeführt werden, um das vorhandene Erfahrungswissen weiter zu nutzen.

Auch das Thema der Binnenwanderung, das bei der Podiumsdiskussion nur am Rande berührt worden war, wurde stärker thematisiert. Insbesondere wurde die anhaltende Ost-West-Wanderung und damit das „Ausbluten“ der ostdeutschen Bundesländer angesprochen. Es könne vielfach beobachtet werden, dass die wichtigen Akteure in Städten und Regionen Westdeutschlands eine gewisse „Arroganz der Glücklichen“ an den Tag legen, weil sie sich Problemen wie in Ostdeutschland heute noch nicht zu stellen hätten. Da in Ostdeutschland diese Probleme jedoch aktuell seien und dadurch als viel drängender empfunden würden, sei auch der Stellenwert und die Bedeutung der räumlichen Planung zur Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels viel höher als in Westdeutschland. So sei das System der Zentralen Orte dort vielfach die letzte Rückzugsbastion in dünn besiedelten ländlichen Räumen, um ein Mindestmaß an Grundversorgung aufrechtzuerhalten.

Generell solle sich jedoch Raumordnung, Landes- und Regionalplanung flexibler ausrichten, indem sie ihre Hierarchieebenen verringert, sich auf weniger Zentrale Orte konzentriert, sich von ihren festen Ausstattungskatalogen der Zentralen Orte abwendet und auf flexible Angebote, Vernetzungen und Kooperationen setzt.

Die Abschlussrunde der Podiumsteilnehmer befasste sich zusammenfassend vor allem nochmals mit der Rahmen setzenden Ordnung in Staat und Gesellschaft. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass das Problem des demographischen Wandels in Deutschland eigentlich ein „Luxusproblem“ sei, wenn man es im Weltmaßstab mit der weiterlaufenden Bevölkerungsexplosion vergleiche. Aus dieser Sicht heraus sei zu erwarten, dass ein nicht zu unterschätzender Migrationsdruck auf Deutschland auch in Zukunft bestehen bliebe und sogar weiter wachsen würde. Mehr Offenheit und die Bereitschaft, von anderen zu lernen und nicht an alten Vorstellungen, auch in der Raumplanung, zu hängen, seien Voraussetzung, um die Anforderungen des demographischen Wandels zu bewältigen.

Mit der These, dass wir mit diesem demographischen Wandel heute die Chance bekämen, die Fehler der Vergangenheit auch in planerischer Hinsicht zu reparieren, sowie mit einem Dank an die beteiligten Podiumsteilnehmer und das Plenum schloss Heik Afheldt das Podium.